



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

öffentliches Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 15.05.2012

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Christopher Johne
Felix Quittek
Johannes Struzek

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Clemens Beck, Kai Bekos, Stephanie Borck, Alexander Goebel, Peter Held, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix Quittek, Anika Rehe, Benjamin Rößner, Cindy Salzwedel, Johannes Struzek, Carola Wlodarski-Şimşek
- entschuldigt:** Christopher Johne, Lisa Karstädt, Madlen Schwarzenberger, Julian Volk, Kerstin Zimmermann
- ruhendes Mandat:** Rafael De Cia, Jakob Horn, Jonas Johne, Richard Melzer, Sven Peter, Lena Aylin Pooyeh, Julius Rohn, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Amina Arabi, Konstantin Reißmann, Anna Selle, Sebastian Walter
- beratende Mitglieder:** Katharina Bautz, Janine Eppert, Diana Koppelt, Mike Niederstraßer
- Gäste:** Dorothea Forch, Bastian Gebel, Linda Hegewald, Dirk Hertrampf, Maria Hoffmann, Carsten Hölbing, Martina Juppe, Annemarie Michel, Tobias Krone, Tina Lindeburg, Michael Matthey, Hauke Rehr, Dana Zimmermann
- Sitzungsleitung:** Daniel Münch, Felix Quittek
- Protokollantin:** Frances Karlen

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18.12 Uhr.

TOP 1 Neubehandlung FA-012-2012 vom Collegium Europaeum Jenense (Carola Wlodarski-Şimşek)

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist der Ansicht, dass die Veranstaltung nicht gefördert werden sollte, denn 14.000 Euro ist zu teuer für das Programm. Außerdem ist die Veranstaltung zu kommerziell. Des weiteren tritt auf der Homepage nicht alleine das Collegium als Veranstalter auf, sondern auch eine Plattenfirma. Prof. Hermann, welcher hier die Veranstaltung vorstellte, sicherte zu, dass das Urheberrechtspodium ausgeglichen besetzt wird. Das ist es nun aber nicht, denn alle Redner stammen aus der Branche. Ihrer Meinung nach handelt es sich mehr um eine pro-Acta-Veranstaltung. Dass die Veranstaltung viel zu teuer ist, liegt daran, dass eine professionelle Agentur hinter der Organisation steht. Das Studentenwerk hat den Antrag auch abgelehnt, weil nicht studierende die Organisatoren sind. Auch der Veranstaltungsort ist schlecht.

Daniel Münch:

Er ergänzt, dass das StuRa-Logo nicht auf den Plakaten ist. Er erinnert dann daran, dass wir aber schon einmal einen Antrag auf Rücknahme einer Förderung hatten, dieser aber zurückgezogen werden musste, weil das Geld schon ausgezahlt wurde. Er fragt, ob das hier auch so ist.

Peter Held:

Er erklärt, dass das Geld noch nicht ausgezahlt wurde. Aber da das Fest heute ist, ist eine Rücknahme der Förderung schwierig.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie hat den Antrag auf Neubehandlung direkt auf der letzten Sitzung gestellt. Daher wissen die Veranstalter, dass es eine Neubehandlung geben wird.

Benjamin Rößner:

Er meint, dass der Antrag entschieden ist und die Maxime von „Treue und Glauben“ hier greift. Er denkt, es ist nicht gut den Beschluss zurückzunehmen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie wendet ein, dass der Antragssteller unvollständig berichtet hat. Die Firma, die dahinter steht, wurde nicht erwähnt. Das ist eine Rechtfertigung für eine Neubehandlung.

Kai Bekos:

Er denkt, dass rechtlich gesehen der Vertrauensschutz gilt. Auch das fehlende Logo ist kein ausreichender Grund, um den Beschluss zurück zunehmen.

Peter Held:

Er fragt nach, ob die StuRa-Fahne geholt wurde.

Felix Quittek:

Er verneint.

Peter Held:

Er merkt an, dass das ein Beschlussteil war. Damit haben sie die Auflagen nicht erfüllt und wir können die Förderung zurückziehen.

Johannes Struzek:

Er relativiert, dass die Fahne nicht da ist. Wer sie hat, wissen wir nicht.

Felix Quittek:

Er meint, dass eine Zusage unter Vorbehalt in unserer Satzung nicht erwähnt ist. Daher haben einen Antrag auf der Tagesordnung zu dem es keine entsprechende Regelung gibt.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie meint, dass nur die Tatsache, dass die Regelung nicht existiert, nicht heißt, dass wir nicht rechtskonform handeln. Außerdem wurden die Antragssteller über die Neubehandlung umgehend informiert.

Benjamin Rößner:

Er meint, dass es keine wirklichen neuen Informationen gibt. Daher sieht er keine Veranlassung, den Beschluss zurückzunehmen. Wenn eine Firma dahintersteht, dann ist das nicht verwerflich.

Felix Quittek:

Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass es keinen genauen Verfahrensweg in unserer Satzung gibt.

Peter Held:

Er erklärt, dass der StuRa laut Rechtsamt den Beschluss zurücknehmen kann, wenn es ausreichende Zeit gibt, darauf zu reagieren.

Felix Quittek:

Er argumentiert, dass wir eine Schadensersatzklage riskieren.

Clemens Beck:

Er meint, dass das fehlende StuRa-Logo eine Grundlage für Rücknahme sein sollte. Er schließt sich Carola Wlodarski-Şimşek an.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie hält an ihrem Antrag fest. Die Antragssteller wurden informiert. Die Frau von der Marketing-Agentur wollte die Gründe für die Neubehandlung wissen, leider konnte Carola Wlodarski-Şimşek ihre E-Mail nicht beantworten.

Kai Bekos:

Er wendet ein, dass die Satzung nur im Innenverhältnis anwendbar ist. Für die Außenverhandlungen gilt das normale Vertragsrecht.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass der Beschluss vor 14 Tagen getroffen wurde, vor 13 Tagen erging der Widerspruch und vor 12 Tagen wurden die Antragssteller über Neubehandlung informiert.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie wendet ein, dass die Antragssteller erst vor 14 Tagen die Zusage für die Förderung erhalten haben. Man kann davon ausgehen, dass sie nicht mehr mit dem Geld gerechnet haben.

Daniel Münch:

Er stellt einen Alternativantrag mit folgendem Wortlaut: „Im Falle einer Ablehnung wird der Vorstand beauftragt mit dem Rechtsamt zu sprechen, ob dem StuRa daraus ein rechtliches Risiko erwächst. Je nachdem wie der Vorstand daraufhin die Sachlage bewertet, setzt er den Beschluss um und berichtet dem StuRa.“

Zuletzt beschlossener Antragstext:

Der Studierendenrat beschließt eine Förderung der Bewerbung des Gesprächskonzertes des Collegium Europaeum Jenense in Höhe von 500 Euro. Auflagen sind die Benutzung von Umweltpapier und die Zahlung eines CO₂-Ausgleichs, soziale Netzwerke dürfen nur ergänzend zur Werbung genutzt werden, das StuRa-Logo ist, soweit noch möglich, auf allen Werbematerialien anzubringen und das StuRa-Banner ist, sofern vertraglich möglich, aufzuhängen.

erneute Abstimmung: 0 / 6 / 4 – abgelehnt

Alternativantrag von Daniel Münch:

Im Falle einer Ablehnung wird der Vorstand beauftragt mit dem Rechtsamt zu sprechen, ob dem StuRa daraus ein rechtliches Risiko erwächst. Je nachdem wie der Vorstand daraufhin die Sachlage bewertet, setzt er den Beschluss um und berichtet dem StuRa.

Abstimmung: 6 / 0 / 4 – angenommen

TOP 2 Wahl: Musikredaktion Campusradio (Vorstand)

Daniel Münch:

Er erklärt, dass nur eine Bewerbung vorliegt.

Linda Hegewald:

Sie ist Magisterstudentin und ist seit 2007 beim Campusradio. Seit 2008 ist sie in der Musikredaktion, damals musste die Musikredaktion neu aufgebaut werden, denn vorher waren alle Musikredakteure mit dem Studium fertig geworden. Sie macht die Aufgaben der Musikredaktion schon seit Jahren und seit einigen Wochen hat sie die Aufgabe auch schon übernommen, weil der bisherige Chef der Musikredaktion schon weg ist. Zwei Mitarbeiter sind im Ausland und daher sind alle Mitarbeiter momentan männlich.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt, ob die Stelle an den Studierendenstatus gebunden ist und wie lange Linda Hegewald noch in Jena ist.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Stelle nicht an den Studierendenstatus gebunden ist.

Linda Hegewald:

Sie erklärt, dass sie noch eineinhalb Jahre in Jena ist. Sie wurde einstimmig von der Redaktion gewählt.

Die Wahlkommission besteht aus Dirk Hertrampf, Bastian Gebel und Martina Juppe (kein Widerspruch). Es wird auf grünen Zetteln gewählt.

Wahlergebnis für Linda Hegewald:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Damit ist Linda Hegewald gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Benennung gemeinsamer Ausschuss (Vorstand)

Daniel Münch:

Er erklärt, dass der StuRa sechs Personen für den gemeinsamen Ausschuss benennt, der die Schiedskommission besetzt. Die FSR-Kom hat bereits eine quotierte Liste vorgelegt. Jetzt sollten wir auch eine solche Liste aufstellen. Er fragt, ob es Freiwillige gibt.

Es melden sich mehrere Personen.

Felix Quittek:

Er verliest die Liste der Freiwilligen: Kai Bekos, Stephanie Borck, Peter Held, Christopher Johne, Frances Karlen und Anika Rehe.

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf eine Abstimmung en bloc**.

Es gibt keine Gegenrede, daher ist der Antrag angenommen.

Antrag:

Der Studierendenrat benennt Kai Bekos, Stephanie Borck, Peter Held, Christopher Johnne, Frances Karlen und Anika Rehe für den gemeinsamen Ausschuss.

Abstimmung: 11 / 0 / 0 – angenommen

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Umgang mit externen Finanzanträgen (Felix Quittek)

Felix Quittek:

Er ist sehr enttäuscht, wie mit externen Finanzanträgen umgegangen wird. Er sieht keine konsistente Haltung des StuRa. Momentan wird nicht vernünftig gehaushaltet, denn es wurden schon zu viele Gelder ausgegeben. Das liegt unter anderem an strukturellen Defiziten und dem fehlenden Überblick auf lange Sicht. Er hat sich mehrere Varianten ausgedacht, wie man mit dem Problem umgehen kann. Es könnte beispielsweise erwogen werden eine Widerspruchsfrist einzubauen, zum Beispiel von etwa drei Tagen.

Peter Held:

Er erklärt, dass der StuRa die gleiche Fristen wie eine Behörde hat, da der StuRa eine Körperschaft öffentlichen Rechts ist. Es gelten 14 Tage Antragsfrist.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass man mit Vertagung arbeiten oder Antragsfristen noch verlängern kann. So hat man mehr Zeit über einen Antrag zu reden. Wir könnten Auflage wie das „StuRa-Logo“ deutlicher durchsetzen. Außerdem könnten Anträge durch Referate gefiltert werden. Zum Beispiel kennt sich das Kulturreferat in der Kulturszene aus und kann somit die Förderungswürdigkeit besser einschätzen. In dem Fall müssten Referate Stellungnahmen einreichen. Das bringt mehr Expertise in die Entscheidungen. So könnten zusätzlich Einschätzungen über den Förderbedarf erstellt werden.

Peter Held:

Er bringt das Beispiel an, dass ein Konzert zu einem Thema durchgeführt wird und möchte wissen, ob es sich dann um ein Kultur- oder Politikprojekt handelt. An solchen Stellen ist die Frage, zu welchem Referat Antrag geht.

Felix Quittek:

Er meint, man könne im Zweifelsfall zwei Referate fragen. Er sieht dies nicht als kritischen Punkt.

Stephanie Borck:

Sie findet den Antrag spannend. Sie hat eine Frage zum Vorfiltern: Soll dies durch die Referate oder den Vorstand erfolgen.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass er da noch keine feste Meinung hat. Wir könnten uns zu einer Lightversion oder einer harten Version entschließen. Das könnte bedeuten, dass die Antragsteller_innen zum Vorstand oder den Referaten kommen und nur wenn eine festzulegende Zahl Personen den Antrag gut heißt, kommt er ins Gremium. Dann müssten Referate regelmäßig berichten, was sie ablehnen. Die andere Variante ist, dass die Referate nur Stellungnahmen abgeben.

Stephanie Borck:

Sie findet die Lightversion besser, weil inaktive Referate Anträge untergehen lassen könnten. Sie hat außerdem eine Ergänzung, nämlich dass der Vorstand darüber berichtet, welche Anträge eingereicht und wohin sie weitergeleitet wurden.

Kai Bekos:

Er ist gegen Referatsentscheidungen. Auch das Gremium sollte mit den Antragstellern in Kontakt treten.

Felix Quittek:

Er fände es gut, denn dann könnten Probleme vorher geklärt werden.

Clemens Beck:

Er schließt sich Stephanie Borck an.

Stephanie Borck:

Sie weist darauf hin, dass die Referate dann sehr viel mehr zu tun haben. Vor allem den ReferentInnen entsteht ein enormen Arbeitsaufwand. Daher sollte der Kontakt vom Vorstand übernommen werden.

Daniel Münch:

Er ist gegen die härtere Version, denn das hieße eine Änderung der Ordnungen. Wenn es nicht funktioniert, dann haben wir uns den Stress mit den Änderungen der Satzung und den Ordnungen umsonst gemacht.

Peter Held:

Er erklärt, dass der Topf externe Projekte nur per Nachtragshaushalt zu teilen ist. Aber da der so klein ist, kann man denn nicht teilen, ohne das man Gelder einfrieren muss.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist ebenfalls für die Light-Version. Aber auch hier ist das Kulturreferat extrem belastet, vor allem am Semesterende. Da hat es selbst genügend eigene Projekte umzusetzen und kann mit den Anträgen dann nicht adäquat verfahren. Dafür braucht man eine Lösung.

Johannes Struzek:

Er meint, dass eine Änderung der Satzung nicht erforderlich ist. Denn laut Finanzordnung kann der StuRa ein Gremiumsmitglied wählen, welches eine Vorprüfung übernimmt.

Stephanie Borck:

Sie spricht gegen diese Variante aus, denn so geht dem Gremium der Überblick verloren. Eine breite Streuung findet sie besser.

Felix Quittek:

Er ist auch gegen die Ein-Personen-Regelung. Es ist immer wieder der Vorwurf, dass zu viele Kulturveranstaltungen gefördert werden. Deshalb spricht er sich für die Teilung des Topfes aus. So verhindert man, dass mit jedem Antrag wieder Grundsatzfragen diskutiert werden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie findet die Einteilung schwierig. Wir sollten uns lieber Gedanken machen, welche Kultur gefördert werden soll. In letzter Zeit fiel ihr die Projektauswahl sehr negativ auf. Es wurden Sachen gefördert, von denen sie denkt, dass sie nicht gefördert werden sollten. Der Anspruch des StuRa sollte sein, nicht auf Mainstream zu setzen, sondern auch Randthemen zu fördern.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass ein Beauftragter nur eine formale Ablehnung vornehmen könnte und dann kommt der Antrag nicht ins Gremium. Ansonsten könnte er höchstens eine inhaltliche Vorbereitung und Zusammenfassung der Ergebnisse vorlegen.

Peter Held:

Er möchte wissen, ob der Paragraph noch vorhanden ist. Die Fristen zu ändern wäre gut und zwar auf vier Wochen. Dann kann in Ruhe geprüft werden.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass man die Fristen klar trennen muss.

Johannes Struzek:

Er findet die Erhöhung der ersten Frist unnötig und bei der zweiten Frist handelt es sich um eine Auslegungssache.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie denkt, dass eine Verlängerung der Frist auf vier Wochen aus bürokratischer Sicht bequem ist, aber leider auch unrealistisch. Wir fördern oft studentische Projekte. Das sollte in eine Richtlinie umgesetzt werden.

Felix Quittek:

Er findet, drei Wochen wären noch im Rahmen. Vor allem wenn wir die Praxis weiterführen wollen, dass Ergebnis offen diskutiert wird. Wenn er hier ein Antrag stellen würde, käme er sich verarscht vor, denn es gibt keine klaren Richtlinien. Es könnte eine Mittellösung aus allen Vorschlägen hergestellt werden.

Stephanie Borck:

Überarbeitung und Verweisung an Referate: Sie weist nochmals darauf hin, dass für das Kulturreferat eine Sonderlösung gefunden werden muss. Denkbar wäre eine Kommission oder nur Kulturanträge werden im Gremium regulär bearbeitet.

Johannes Struzek:

Er will wissen, wie Felix Quittek seine Frist verstanden haben möchte.

Felix Quittek:

Er meint die Frist gilt als Zeitraum vor der Durchführung der Veranstaltung.

Daniel Münch:

Er möchte darauf aufmerksam machen, dass viele AntragsstellerInnen die Formalia nicht einhalten. Zum Beispiel wird das Logo oft nicht aufgedruckt, da muss man sich etwas einfallen lassen.

Carola Wlodarski-Şimşek:
Sie plädiert für eine Check-Liste.

Johannes Struzek:
Er denkt, dass auch ein Selbsteinschätzungsfragebogen möglich wäre. Dieser wäre zum abstreichen.

Stephanie Borck:
Sie findet ein Formblatt sinnvoll, dann wäre das besser als das stupide etwas abzufragen.

Felix Quittek:
Er ist für eine Check-Liste. Die kann die Geschäftsleitung automatisch an alle Antragssteller schicken.

Peter Held:
Er meint, dass das geht. Aber eigentlich ist alles schon da.

Janine Eppert:
Sie fragt, ob Referate einen Antrag gleich abweisen können, wenn die Checkliste nicht erfüllt wird.

Stephanie Borck:
Sie denkt, dass dick drucken auf Antragspapieren nicht reicht. In der Realität kommt es nicht an. Eine Check-Liste ist gut.

Hauke Rehr:
Er findet es sympathisch, dass der StuRa bei sich den Fehler sucht. Er sieht den Fehler aber bei den Antragsstellern. Wenn die Leute nicht lesen können, dann haben die Pech gehabt.

Carola Wlodarski-Şimşek:
Sie meint, dass die Leute dem nicht genug Beachtung beimessen. Deshalb wäre sie dafür, die Checke-Liste einzuführen. Das ist kein großer Aufwand und wir haben es einfacher.

Frances Karlen:
Sie meint, dass deutlich ist, dass alle die Check-Liste befürworten. Sie schlägt die Abstimmung darüber vor.

Janine Eppert:
Sie meint, dass die Schuldfrage unwichtig ist, es geht nur um eine Verbesserung.

Felix Quittek:
Er stellt einen **Änderungsantrag** mit folgendem Wortlaut: „1. externe Finanzanträge werden von Referaten / AK / Vorstand formal + inhaltlich geprüft, bevor sie auf der Sitzung behandelt werden. Die prüfende Stelle berichtet dem Gremium. 2. Es wird den Finanzanträgen eine Check-Liste hinzugefügt, ob die Auflagen erfüllt werden. 3. Es wird ein Grundsatzbeschluss gefällt, der nicht bindend ist, aber empfehlenden Charakter hat: Die Veranstaltung wird von Studierenden organisiert.“

Peter Held:
Er will wissen, ob es bei der studentischen Organisation um eine Person oder um eine Institution von Studierenden handelt.

Felix Quittek:
Beides.

Johannes Struzek:
Er stellt einen **GO-Antrag auf getrennte Abstimmung** der einzelnen Punkte.

Stephanie Borck:
Sie bittet, dass die Check-Liste an alle Antragssteller geschickt wird.

Felix Quittek:
Er bittet Peter Held, dass er immer finanzielle Hintergrundinformationen an die prüfende Stelle gibt.

1. Antrag von Felix Quittek:
Externe Finanzanträge werden von Referaten / AK / Vorstand formal + inhaltlich geprüft, bevor sie auf der Sitzung behandelt werden. Die prüfende Stelle berichtet dem Gremium.
Abstimmung: 8 / 1 / 1 – angenommen

2. Antrag von Felix Quittek:
Es wird den Finanzanträgen eine Check-Liste hinzugefügt, ob die Auflagen erfüllt werden.
Abstimmung: 8 / 1 / 1 – angenommen

3. Antrag von Felix Quittek:

Es wird ein Grundsatzbeschluss gefällt, der nicht bindend ist, aber empfehlenden Charakter hat: Die Veranstaltung wird von Studierenden organisiert.

Abstimmung: 8 / 1 / 1 – angenommen

TOP 5 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung**.

Clemens Beck:

Er formuliert eine formale **Gegenrede**.

Abstimmung GO-Antrag: 7 / 0 / 3 – angenommen

Der Antrag wird vertagt.

TOP 6 Berichte

Bastian Gebel:

Er hat bereits dem Vorstand geschrieben, dass er sich für sein Verhalten bei der Akrützeldebatte entschuldigen will. Die Entschuldigung ist vor allem an Cindy Salzwedel gerichtet, aber auch an alle anderen. Es war ein Augenblicksversagen seinerseits. Er entschuldigt sich dafür.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie war beim FH-StuRa und nahm an einer Sitzung teil. Es herrschte Beschlussunfähigkeit, daher konnte die Urabstimmung zum Semesterticket nicht veranlasst werden. Sie würde sich freuen, wenn sie von Referaten Anregungen erhielte, denn sie will regelmäßig zur FH gehen und sich dort inhaltlich einbringen können.

Anika Rehe:

Sie erklärt, dass es regelmäßig Anfragen von FH-Studierenden mit Kind gibt. Deshalb sollte der FH-StuRa das Problem aufnehmen.

Janine Eppert:

Sie hat eine E-Mail erhalten, dass der FH-StuRa neue Referate gebildet hat. Thematisch gleiche Referate sollten ein Vernetzungstreffen durchführen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie hat das angeregt. Jedes FH-StuRa-Mitglied hat auch einen RefertenInnenposten inne. Sie wird weiter auf Vernetzungen drängen.

Felix Quittek:

Er bittet die Namen und Mailadressen der RefertInnen zu erfragen und hier zu hinterlegen.

Stephanie Borck:

Sie war beim Forschungsausschuss. Er tagt nur einmal im Jahr und die studentischen Mitglieder haben über den Habilitations- und Promotionspreis mit abgestimmt. Die Richtlinien zur Exzellenz wurden diskutiert. Optik und Altersforschung sollen neue Schwerpunkte werden. Den Drittmittelbericht bekommen sie noch.

Daniel Münch:

Er berichtet, dass vor zwei Wochen FSR-Kom war. Dort hat man sich mit dem CHE-Ranking auseinandergesetzt. Manche FSR wollen austreten und die Mitglieder der FSR-Kom meinten, dass es toller wäre, wenn viele FSR auszutreten. Daher stimmte die FSR-Kom für den Austritt aus dem CHE-Ranking. Begründet wird dies mit methodischen Mängeln und dem Leitbild der Bertelsmannstiftung.

Peter Held:

Er berichtet, dass der Fakultätsrat der Sozial- und Verhaltenswissenschaften auch austreten will.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie berichtet, dass der Studierendenbeirat getagt hat. Besprochen wurden der Stadtentwicklungsplan und das Wildtierverschbot in Zirkussen.

Felix Quittek:

Er erklärt dazu, dass die Grünen und der Tierschutzverein ein Wildtierverbot prüfen. Weitere Informationen gibt es beim Umweltreferat.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ergänzt, dass auch der Jahresbericht gerade fertiggestellt wird und bald eingesehen werden kann.

Cindy Salzwedel:

Sie berichtet, dass die erste Veranstaltung zu „Vegan, vegetarisch, verantwortlich?“ mit über 100 Teilnehmenden ein guter Auftakt war. Die zweite Veranstaltung war auch sehr erfolgreich. Für Donnerstag möchte sie einladen zum Brainstorming bezüglich Werbemaßnahmen. Momentan hat der StuRa gut besuchte Veranstaltungen. Diese könnten genutzt werden um in Sachen Außenwahrnehmung etwas zu machen.

Felix Quittek:

Er findet die Idee gut. Er möchte sich aber Allgemein um die Außenwirkung bemühen und die Bemühungen nicht auf einzelne Veranstaltungen beschränken.

Mike Niederstraßer:

Er berichtet aus dem Senat. Es gab mehrere Berufungen. Eine war außerordentlicher als die andere. Eine war so außerordentlich, dass gleich auf die Berufungskommission verzichtet wurde. In der Medizin fand die abschließende Kommissionssitzung per Telefon statt. Dies ist kritisch zu sehen, denn es sind rechtliche Grauzonen. Das Rechtsamt wollte sich dazu erst einmal nicht äußern. In einem weiteren Berufungsverfahren gab es ebenfalls rechtliche Auffälligkeiten. Die mitgliedschaftsrechtliche Stellung an der Hochschule ist nach diesem Berufungsverfahren nicht gleichbedeutend mit einer Mitgliedschaft an der Hochschule.

Es gab außerdem einen Zwischenbericht, welcher aufdeckte, dass Männer doppelt so häufig das Prädikat „summa cum laude“ in Promotionen erhalten als Frauen, jeweils bezogen auf die Anzahl der Promotionen pro Geschlecht. Dem wird nachgegangen. Auch bei Berufungen lehnen mehr Frauen Jena als Hochschule ab als Männer.

Außerdem wurde über den das Projekt zu Biodiversität gesprochen. Der Universitätsverbund, welchem die Uni Jena angehört, hat das Projekt bekommen. Es sind acht Professuren und mehrere Stellen daran gebunden. Es stellt eine gewisse Profilbildung der Hochschule dar. Die Archiv- und IT-Dienstleistung werden mit Halle zusammengeschlossen. Scheinbar wird derzeit mehr Aufmerksamkeit auf den Verbund gelegt. Außerdem wurden Störfälle geprüft. Am Ende der Simulation lief nur das Rechenzentrum noch. Daher sollen Daten zukünftig anders gelagert und nicht mehr in den Fakultäten selbst archiviert werden. Außerdem wurde der neue Finanzbedarf aus den neuen Tarifbeschlüssen besprochen. Wegen fehlender Gelder müssen sechs Professuren gestrichen werden und das wird auf Dauer noch nicht einmal reichen. Außerdem funktioniert das dialogorientierte Zulassungsverfahren immer noch nicht.

Cindy Salzwedel:

Sie geht auf die Unregelmäßigkeiten mit der Zugehörigkeit zur Uni ein und möchte wissen, wie damit weiter verfahren wird. An den Ergebnissen zur „summa cum laude“-Statistik hat das Gleichstellungsreferat großes Interesse.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass ein Vorgehen zur Mitgliedschaftsregelung im Moment nicht primär ist, aber wenn es gewünscht ist, dann kann er dem nachgehen. Er stellt das zur Diskussion. GEW und Ministerium sollten befragt werden.

Peter Held:

Er berichtet, dass die Notenvergabe bei den Juristen abweichend ist. Es gibt eine zusätzliche neue Note.

Mike Niederstraßer:

Er wendet ein, dass es darum heute nicht geht. Es um die Geschlechterkorrelation.

Cindy Salzwedel:

Sie berichtet, dass am Donnerstag ein Treffen zur Veranstaltungsvorbereitung zum NC-Urteil ist. Dazu gibt es eine Informationsveranstaltung.

Mike Niederstraßer:

Er berichtet, dass am letzten Mittwoch die Berufungsverhandlung zu Säumnisgebühren und Verwaltungskostenbeitrag am OVG statt. Das Gericht befand, dass der Verwaltungskostenbeitrag in Ordnung gewesen sei. Die KTS prüft nun eine Nichtzulassungsbeschwerde. Das Gericht sah im Verwaltungskostenbeitrag einen Solidarbeitrag zur Bereitstellung von Leistungen. Dogmatisch lässt das Urteil Lücken. Zum Säumnisgebührenverfahren wird es ein schriftliches Verfahren geben. Die Exmatrikulation aufgrund von nicht bezahlten Beiträgen in Ilmenau wurde von der Uni selbst rückgängig gemacht.

Felix Quittek:

Er berichtet, dass am Montag um 18.00 Uhr im Freiraum eine Gesprächsrunde zur Neugestaltung der Homepage stattfindet. Alle sind eingeladen.

TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Sitzung wird zehn Minuten ausgesetzt und fehlende StuRa-Mitglieder werden angerufen.

Es sind 13 StuRa-Mitglieder anwesend, daher ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 Neubehandlung FA-012-2012 vom Collegium Europaeum Jenense (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 2 Wahl: Musikredaktion Campusradio (Vorstand)
- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Benennung gemeinsamer Ausschuss (Vorstand)
- TOP 4 Diskussion und Beschluss: Umgang mit externen Finanzanträgen (Felix Quittek)
- TOP 5 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)
- TOP 6 Berichte
- TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 8 M-018-2012: Wahlen 2012 (Wahlvorstand)
- TOP 9 Diskussion und Beschluss: Positionierung zur Zivilklausel (Christopher Johnne)
- TOP 10 Diskussion und Beschluss: Eilrechtsschutz Onlinewahlverfahren (Mike Niederstraßer)
- TOP 11 Diskussion und Beschluss: Delegation zur Vollversammlung des bpm (Christopher Johnne)
- TOP 12 Diskussion: Verfahrensweise Lektorat Akrützel (Vorstand)
- TOP 13 Diskussion und Beschluss: tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung (Christopher Johnne)
- TOP 14 Diskussion und Beschluss: Sonderzahlung an Geschäftsleitung (Vorstand)
- TOP 15 Neubehandlung RM-016-2012: Fotowettbewerb Referat für ÖA (Christopher Johnne)
- TOP 16 Diskussion und Beschluss: Umfrage zum VMT-Semesterticket (Daniel Münch)
- TOP 17 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)
- TOP 18 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 19 Sonstiges

Mike Niederstraßer:

Er beantragt einen neuen TOP „Diskussion und Beschluss: Stellungnahme Ziel- und Leistungsvereinbarung“ als **dringlich** auf die TO zu setzen.

Es gibt keine Gegenrede, daher ist der Antrag angenommen.

Stephanie Borck:

Sie beantragt, TOP 9 bis zur Anwesenheit des Antragsstellers nach hinten zu verschieben.

endgültige Tagesordnung:

- TOP 1 Neubehandlung FA-012-2012 vom Collegium Europaeum Jenense (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 2 Wahl: Musikredaktion Campusradio (Vorstand)
- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Benennung gemeinsamer Ausschuss (Vorstand)
- TOP 4 Diskussion und Beschluss: Umgang mit externen Finanzanträgen (Felix Quittek)
- TOP 5 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)
- TOP 6 Berichte
- TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 8 M-018-2012: Wahlen 2012 (Wahlvorstand)
- TOP 8a Diskussion und Beschluss: Stellungnahme Ziel- und Leistungsvereinbarung (Mike Niederstraßer)
- TOP 9 Diskussion und Beschluss: Positionierung zur Zivilklausel (Christopher Johnne)
- TOP 10 Diskussion und Beschluss: Eilrechtsschutz Onlinewahlverfahren (Mike Niederstraßer)
- TOP 11 Diskussion und Beschluss: Delegation zur Vollversammlung des bpm (Christopher Johnne)
- TOP 12 Diskussion: Verfahrensweise Lektorat Akrützel (Vorstand)
- TOP 13 Diskussion und Beschluss: tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung (Christopher Johnne)
- TOP 14 Diskussion und Beschluss: Sonderzahlung an Geschäftsleitung (Vorstand)
- TOP 15 Neubehandlung RM-016-2012: Fotowettbewerb Referat für ÖA (Christopher Johnne)
- TOP 16 Diskussion und Beschluss: Umfrage zum VMT-Semesterticket (Daniel Münch)
- TOP 17 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)
- TOP 18 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 19 Sonstiges

Abstimmung über die Tagesordnung: 12 / 0 / 0 – angenommen

TOP 8 M-018-2012: Wahlen 2012 (Wahlvorstand)

Daniel Münch zeichnet einen Finanzplan an.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Kosten höher sind als geplant. Das liegt daran, dass das alte Banner verschwunden ist und jetzt neu gedruckt werden muss.

Peter Held:

Er meint, dass die Verpflegung auf der konstituierenden Sitzung gestrichen werden sollte.

Mike Niederstraßer:

Er ist auch dafür. Der Wahlvorstand sollte angewiesen werden, dass das Essen wegfallen soll, selbst wenn sie die Gelder doch frei machen könnten.

Peter Held:

Er meint, dass die Flyer und Plakate im StuRa gedruckt werden sollten. Das spart Geld.

Johannes Struzek:

Er wendet ein, dass bei farbigen Drucken keine Ersparnis entsteht. Wir sollten die Leute motivieren zu wählen.

Frances Karlen:

Sie spricht sich auch dafür aus, das Essen bei der konstituierenden Sitzung zu streichen. Am Auszählabend hingehen muss auf jeden Fall essen gestellt werden, denn das ist für alle Beteiligten sehr anstrengend. Sie schlägt vor, das Banner selbst zu malen. Das wurde bereits einmal gemacht und in dem Jahr hatte man die höchste Wahlbeteiligung.

Peter Held:

Er schlägt vor, die Wahlbeilage im Akrützel zu streichen und diese lieber online zu stellen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie schließt sich Frances Karlen an, dass man das Banner sparen kann und dieses selbst gestaltet.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass die Wahlbeilage im Akrützel auf keinen Fall gestrichen werden darf. Wegen der ausbaufähigen Wahlbeteiligung sollten wir da nicht sparen. Was die Verpflegung bei der Auszählung angeht, schließt er sich Frances Karlen an. Das Banner kann man ruhig malen.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Kosten für das Akrützel aufgerundet sind. Wenn das Heft kürzer wird, dann wird es eventuell günstiger. Er meint, dass man die Idee, das Banner selbst zu malen, als Anregung an den Wahlvorstand weiterleiten kann. Er stellt einen **Änderungsantrag** mit folgendem Wortlaut: „*Kein Essen + Trinken auf der konstituierenden Sitzung*“

Änderungsantrag von Johannes Struzek:

Kein Essen + Trinken auf der konstituierenden Sitzung

Abstimmung: 10 / 0 / 0 – angenommen

Gesamtantrag:

Der Studierendenrat beschließt über einen Mittelfreigabeantrag des Wahlvorstandes zur Durchführung der studentischen Gremienwahlen 2012 in Höhe von 1.700 Euro.

Abstimmung: 9 / 0 / 1 - angenommen

TOP 8a Diskussion und Beschluss: Stellungnahme Ziel- und Leistungsvereinbarung (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass eine Stellungnahme seitens der Hochschule zur Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen der Hochschule und dem Land durch den Senat abgestimmt werden soll. Die Studierenden könnten eine eigene Vorstellung vermitteln. Er findet es gut eine ad-hoc-Kommission zu bilden, die eine solche Stellungnahme ausarbeitet. Diese kann von verschiedenen Referent_innen und beratenden Mitgliedern besetzt werden. Das Problem an der Sache ist, dass die Ziel- und Leistungsvereinbarung noch nicht vorliegt. Deshalb ist eine hohe Flexibilität gefragt. Der StuRa soll ein Mandat erteilen.

Stephanie Borck:

Sie stimmt Mike Niederstraßer zu. Vor allem die schwierige finanzielle Lage der Hochschule sollte beleuchtet werden. Das Referat für Hochschulpolitik kann die Organisation übernehmen.

Daniel Münch:

Er will wissen, wer freiwillig daran mitarbeiten würde.

Mehrere Personen melden sich.

Mike Niederstraßer:

Er möchte darum bitten, dass der Vorstand nochmals per Mail dazu auffordert, sich an der Erarbeitung zu beteiligen. Jetzt soll hier die Struktur geschaffen werden und die Expertise muss durch die Referate geschaffen werden.

Antrag:

Der Studierendenrat setzt eine Arbeitsgruppe ein, die eine Stellungnahme zur neuen Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen der Friedrich-Schiller-Universität und dem Freistaat Thüringen erarbeitet.

Abstimmung: 11 / 0 / 0 – angenommen

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Positionierung zur Zivilklausel (Christopher Johne)

Dorothea Forch:

Sie schlägt drei Minuten Lesepause vor. Sie erklärt, dass es nicht darum geht Forschung komplett zu verbieten. Es geht um eine kritische Auseinandersetzung. Das betrifft vor allem dual-use-Projekte. Die Studierendenschaft soll eine Stimme haben und die Diskussion mitgestalten. Es soll Transparenz geschaffen werden.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, an welcher Stelle in der Grundordnung die Zivilklausel eingefügt werden soll.

Dorothea Forch:

Sie erklärt, dass das noch nicht abschließend geklärt ist.

Johannes Struzek:

Er meint, dass das geklärt werden muss, um den formalen Kriterien zu entsprechen. Bei den Formalia können die Studentischen SenatorInnen helfen.

Felix Quittek:

Er stellt einen **Ergänzungsantrag**, welcher besagt, dass der Antrag zur Zivilklausel in eine bearbeitungsfähige Form gebracht wird.

Stephanie Borck:

Sie spricht sich für den Antrag aus, bittet aber, dass auf eine zeitliche Begrenzung geachtet wird. Sie übernimmt den Ergänzungsantrag.

Mike Niederstraßer:

Er schlägt vor, die Zivilklausel vor § 26 im Abschnitt 4 „wissenschaftliche Einrichtungen“ einzufügen.

Antrag:

Der Studierendenrat der FSU Jena spricht sich für folgenden Wortlauf für die Zivilklausel in der Grundordnung der Universität aus und für dessen Einreichung im Senat:

„Wissenschaft, Studium und Forschung mit offen militärischem Nutzen bzw. militärischer Zielsetzung werden an der FSU nicht durchgeführt. Es herrscht das Primat der friedlichen Konfliktlösung, insbesondere mit nicht-militärischen Mitteln. Die Universität und ihre Mitglieder lehnen Forschungsthemen und die Annahme von Finanzmitteln ab, die konkreten Rüstungszwecken oder explizit militärischer Forschung dienen könnten. Sie sind sich der Bedeutung von dual-use-Forschung bewusst und beziehen zu solchen Forschungsprojekten differenziert und hochschulöffentlich Stellung. Militärische Werbung und Veranstaltungen ausschließlich mit militärischen Verbänden sowie Streitkräfteteilen sind untersagt.

Übersichten über Drittmittelprojekte sind transparent und zugänglich.

Sollten Unklarheiten bezüglich der Rechtmäßigkeit i.S. dieser Klausel auftreten wird eine paritätisch besetzte Kommission durch den Senat mit der Klärung beauftragt.

Eine Aufhebung oder wesentliche Einschränkung des Passus ist unzulässig.“

Abstimmung : 9 / 0 / 0 – angenommen

Peter Held:

Er stellt einen **GO-Antrag, TOP 14 vorzuziehen**.

Es gibt keine Gegenrede, daher ist der Antrag angenommen.

TOP 14 Diskussion und Beschluss: Sonderzahlung an Geschäftsleitung (Vorstand)

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Personaldebatte, daher wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

Antrag:

Der Studierendenrat beschließt eine Sonderzahlung an Antje Oswald unter Bezugnahme auf der im letzten Jahr abgeschlossenen Vergleich bezüglich der tariflichen Eingruppierung ihrer Stelle in Höhe von 250 Euro Arbeitnehmerbrutto.

Abstimmung: 10 / 0 / 1 – angenommen

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Eilrechtsschutz Onlinewahlverfahren (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Er erinnert daran, dass im Moment ein Normenkontrollverfahren zum Onlinewahlverfahren vom Oberverwaltungsgericht durchgeführt wird. Das OVG meint, dass die Hochschule von alleine auf Onlinewahlen verzichten kann. Die Hochschule wird das Verfahren eher verschleppen und dann dennoch Onlinewahlen durchführen. Daher hat der Anwalt angeraten, Eilrechtsschutz zu beantragen. Es muss schnell agiert werden. Er bittet einer Durchführung statt zu geben. Das Kostenrisiko liegt bei 1.200 Euro. Es wird aber versucht werden die Auseinandersetzung als Organstreitverfahren der Senator_innen durchzuführen, dann müsste die Universität die Kosten tragen.

Antrag:

Der Studierendenrat beschließt die Beantragung von Eilrechtsschutz im Normenkontrollverfahren zur Wahlordnung der FSU und übernimmt die Kosten, sofern das Verfahren nicht als Organstreitverfahren der Senator_innen durchgeführt werden kann.

Abstimmung: 10 / 0 / 1 – angenommen

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Delegation zur Vollversammlung des bpm (Christopher Johne)

Daniel Münch:

Er erklärt, dass der StuRa Mitglied im Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (bpm) ist und eine Einladung zur Vollversammlung erhalten hat. Christopher Johne würde hinfahren. Es wäre schön, wenn sich eine Frau finden würde, die ihn begleitet.

Mike Niederstraßer:

Er möchte, dass der StuRa auch Mitglied Koordinationsorgan wird, dafür muss man die Delegierten mandatieren. Außerdem muss das Geld für die Fahrtkosten bereitgestellt werden, denn die KO-Treffen finden sechswöchig statt. Er beantragt daher die Mitgliedschaft im Koordinationsorgan getrennt abzustimmen. Er stellt einen weiteren Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut: „Vorstand darf bis 24.05. 14 Uhr eine weitere Person mit anderem Geschlecht als des Erstdelegierten entsenden (Zeitpunkt definiert Bewerbungsfrist, danach entscheidet Vorstand)“

Johannes Struzek:

Er stellt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut: „Ergänzen: Wenn andersgeschlechtlich nicht möglich ggf. auch gleichgeschlechtlich.“

Mike Niederstraßer:

Er stellt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut: „mehrköpfige Delegation entscheidet im Konsens und stets gemeinschaftlich.“

Änderungsantrag von Mike Niederstraßer:

Vorstand darf bis 24.05. 14 Uhr eine weitere Person mit anderem Geschlecht als des Erstdelegierten entsenden (Zeitpunkt definiert Bewerbungsfrist, danach entscheidet Vorstand)

Abstimmung: 7 / 2 / 0 – angenommen

Änderungsantrag von Johannes Struzek:

Wenn andersgeschlechtlich nicht möglich ggf. auch gleichgeschlechtlich.

Abstimmung: 9 / 0 / 0 – angenommen

Änderungsantrag von Mike Niederstraßer:

mehrköpfige Delegation entscheidet im Konsens und stets gemeinschaftlich

Abstimmung: 10 / 0 / 0 – angenommen

Antrag von Christopher Johne:

Die Delegation wird ermächtigt, sich stellvertretend für den StuRa auf eine Mitgliedschaft im Koordinationsorgan des bpm zu bewerben.

Abstimmung: 8 / 0 / 2 – angenommen

Gesamtantrag:

Der Studierendenrat delegiert Christopher Johne zur Vollversammlung des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit. Der Vorstand darf bis zum 24.05.2012 14.00 Uhr eine weitere Person mit anderem Geschlecht als des Erstdelegierten entsenden (der Zeitpunkt definiert die Bewerbungsfrist, danach entscheidet der Vorstand), ist dies nicht möglich, kann auch eine gleichgeschlechtliche Person entsandt werden. Eine mehrköpfige Delegation entscheidet stets im Konsens und gemeinschaftlich. Die Delegation erhält die Vollmacht, sich stellvertretend für den StuRa auf eine Mitgliedschaft im Koordinationsorgan zu bewerben.

Abstimmung: 10 / 0 / 0 – angenommen

TOP 12 Diskussion: Verfahrensweise Lektorat Akrützel (Vorstand)

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Personaldebatte, daher wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Für das Akrützel nehmen die Chefredakteurin Maria Hoffmann und Dirk Hertrampf teil. Dirk Hertrampf unterzeichnet eine Verschwiegenheitserklärung.

Die Debatte ist beendet. Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

TOP 15 Neubehandlung RM-016-2012: Fotowettbewerb Referat für ÖA (Christopher Johne)

Felix Quittek:

Er verliest eine Erklärung von Christopher Johne, der einen Fotowettbewerb nicht für die Aufgabe des Referates für Öffentlichkeitsarbeit hält. Der Markt sei an solchen Wettbewerben im Moment übersättigt, außerdem halte er es für Geldverschwendung. Die Zeit solle stattdessen für die vernachlässigte Kernarbeit des Referates genutzt werden, in deren Ausführung das Referat überlastet scheine.

Diana Koppelt

Sie merkt an, dass nicht klar kommuniziert wird, was die Aufgaben des Öffentlichkeitsreferats sind.

Katharina Bautz:

Sie erklärt, dass die Kosten im Rahmen der Mittel des Öffentlichkeitsreferats liegen.

Peter Held:

Er revidiert die Rechnung auf 90 Euro herunter.

Stephanie Borck:

Sie will wissen, wer in der Jury sitzt.

Katharina Bautz:

Sie erklärt, dass es sich um Mitglieder des Uni-Fotovereins handelt.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist nicht prinzipiell gegen den Fotowettbewerb. Aber es gibt seit Monaten keine Pressemitteilungen und auch ansonsten arbeitet das Öffentlichkeitsreferat nicht. Die Aufgaben stehen in der Satzung. Sie will anraten, dass das Öffentlichkeitsreferat seine Kernaufgaben übernimmt.

Felix Quittek:

Er schließt sich Carola Wlodarski-Şimşek an. Die Zusammenarbeit ist bereits enger.

Diana Koppelt:

Sie erklärt, dass das Öffentlichkeitsreferat überlegt hat im StuRa zu drucken. Aber der StuRa kann das nicht in gleicher Qualität. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt und stärkt die innere Struktur. Es wirkt aber auch nach außen. Pressemitteilungen macht mittlerweile Julia Langhammer und sie lernen es jetzt. Die Lesung, die geplant war, wird nicht stattfinden.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag Abbruch der Debatte**.

Es gibt keine Gegenrede, daher ist der Antrag angenommen.

Antrag:

Der Studierendenrat beschließt über einen Mittelfreigabeantrag des Referates für Öffentlichkeitsarbeit zur Durchführung eines Fotowettbewerbs in Höhe von 150 Euro.

Abstimmung: 7 / 0 / 2 – angenommen

Peter Held:

Er stellt einen **Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit.**

Daniel Münch:

Er stellt fest, dass nur noch 9 StuRa-Mitglieder anwesend sind, damit ist die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben.

TOP 16 Diskussion und Beschluss: Umfrage zum VMT-Semesterticket (Daniel Münch)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 17 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 18 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. (Carola Wlodarski-Şimşek)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 19 Sonstiges

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 23.09 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung